Die Linke.Liste-Fraktion	Drucksache Nr. A/15/3337-01	Termin 10.03.2014	Rat der Stadt
Antragsvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
10.03.2014	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Antrag Linke.Liste
Resolution "Bundeswehr raus aus den Schulen"

Beschlussvorschlag

Resolution „Keine Bundeswehr an Oberhausener Schulen – Für eine friedliche und demokratische Erziehung“

Der Rat beschließt folgende Resolution:

Der Rat der Stadt Oberhausen unterstützt eine Erziehung im Sinne von Frieden und Völkerverständigung. Schulen sowie Lehrerinnen und Lehrer und andere Angestellte in Oberhausener Bildungseinrichtungen sind dazu aufgerufen, sich an diesem Ziel zu orientieren. Eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr seitens der Bildungseinrichtungen ist mit diesem Ziel nicht vereinbar und daher abzulehnen.

Die Bundeswehr bietet Lehrerinnen und Lehrern an, in einem meist 90minütigen Unterricht Vorträge zum Thema Sicherheitspolitik vor Schulklassen zu halten. Dazu hat sie bundesweit 98 hauptamtliche Jugendoffiziere und 551 sogenannte Karriereberater beschäftigt. Vertreter der Bundeswehr sind auch regelmäßig in Oberhausen präsent. Die Antwort auf eine Kleine Anfrage an Oberbürgermeister Wehling hat im September 2013 ergeben, dass sich lediglich die Hauptschule St. Michael gegen eine Kooperation mit der Bundeswehr ausspricht. An allen fünf Gymnasien sowie der Heinrich-Böll-Gesamtschule und der Hauptschule Albert Schweitzer waren im Jahr 2013 Termine mit Vertretern der Bundeswehr geplant, die übrigen Schulen verfügen derzeit lediglich über keine aktive Kooperation.

Grundsätzliche bildungspolitische Erwägungen (etwa der Beutelsbacher Konsens) gebieten es, Fragen, die in der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden, auch im Schulunterricht als kontrovers darzustellen. Damit ist der Einsatz von Jugendoffizieren im Rahmen des Unterrichts jedoch nicht vereinbar. Denn Jugendoffiziere sind keine unabhängigen Experten. Sie sind vielmehr verpflichtet (wie etwa im „Handbuch der Jugendoffiziere“ festgehalten), einseitig die Positionen des Bundesministeriums der Verteidigung wiederzugeben. Diese Einseitigkeit in der Darstellung gilt nicht nur hinsichtlich der Existenz der Bundeswehr an sich, sondern auch hinsichtlich ihrer

Vorsitzender **Die Linke.Liste-Fraktion** Karacelik **Yusuf Karacelik** Datum 04.03.2014	

Auslandseinsätze. Die parteiische Darstellung dieser gesellschaftlich umstrittenen Einsätze durch einen Vertreter des Militärs widerspricht damit der gebotenen schulischen Neutralität.
Die Einflussnahme der Bundeswehr auf Jugendliche vollzieht sich vor dem Hintergrund wachsender Rekrutierungsschwächen der Bundeswehr und nach wie vor fehlender Unterstützung für Kriegseinsätze in der Bevölkerung. So begrüßenswert es ist, Jugendliche für politische Fragen zu interessieren, so unpassend ist es, dies auf eine parteiische Art zu tun. Schulen dürfen nicht dazu instrumentalisiert werden, dem Eigeninteresse der Bundeswehr, durch das Einwirken auf Minderjährige Akzeptanz für militärische Einsätze zu schaffen, nachzukommen. Dies gilt auch für den Einsatz von Karriereberatern, die im Unterschied zu Jugendoffizieren nicht die sicherheitspolitischen Positionen der Bundesregierung darlegen, sondern den Jugendlichen einen „Job“ bei der Bundeswehr schmackhaft machen sollen. Diesem Auftrag gehen sie zum Teil in Form von Vorträgen vor Klassen, zum Teil durch Beteiligung an Projekttagen oder Ausbildungsmessen auf Schulgelände nach. Vereinzelt werden auch Schulklassen zum Besuch in Kasernen eingeladen. Doch die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere. Berichte aus der Friedensbewegung zeigen, dass bei der Vorstellung des „Arbeitgebers“ Bundeswehr über die Risiken und Nebenwirkungen des Soldatseins nicht realistisch informiert wird. Weder über das Risiko, im Einsatz getötet oder verletzt zu werden, noch andere Menschen zu töten oder zu verletzen, wird angemessen informiert. Auch hier wirkt das Interesse der Offiziere, die Bundeswehr in einem positiven Licht darzustellen, einer realistischen Darstellung entgegen. Jugendlichen, die ein Interesse an der Bundeswehr haben, stehen vielfältige Möglichkeiten offen, sich näher zu informieren. Eine Militarisierung des Unterrichts soll es aber in Oberhausen nicht geben. Zudem ist das Ziel von Erziehung hin zu einer Friedensgesinnung auch in der Landesverfassung verankert.

Auf die verstärkten Werbemaßnahmen der Bundeswehr vor dem Hintergrund einer aggressiver werdenden Außenpolitik hin haben sich bereits mehrere Schulen beispielhaft gegen eine Kooperation mit der Bundeswehr ausgesprochen. 2013 haben zwei dieser Schulen stellvertretend den Aachener Friedenspreis erhalten. Ende des Jahres hat sich auch die Willy-Brandt-Gesamtschule in Bochum zur bundeswehrfreien Zone erklärt. An diese Beispiele soll in Oberhausen angeknüpft werden.

Begründung / Sachdarstellung

Erfolgt mündlich

Die Linke.Liste-Fraktion	Drucksache Nr. A/15/3337-01	Termin 10.03.2014	Rat der Stadt

1